

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen, Kaiser-Friedrich-Ring 77, 65185 Wiesbaden

Benedikt Widmaier  
Landesvorsitzender der DVPB Hessen  
c/o Max-Reger-Straße 28  
69121 Heidelberg

**Landesverband  
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen**

Kaiser-Friedrich-Ring 77  
65185 Wiesbaden  
Telefon: 06 11 / 9 89 20-0  
Telefax: 06 11 / 9 89 20-33  
landesverband@gruene-hessen.de  
www.gruene-hessen.de

Wiesbaden, 25. Juli 2023

### **Antwort auf den Wahlprüfstein des Landesfeuerwehrverbandes**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur hessischen Landtagswahl 2023. Wir haben uns bemüht, Ihnen ausführliche Antworten auf Ihre Fragen zu geben. Sollten Sie Rückfragen haben, so melden Sie sich gern erneut bei uns.

Unsere Antworten finden Sie auf den folgenden Seiten.

Mit freundlichen Grüßen



**Bärbel Hartmann**  
**Landesgeschäftsführerin**  
Landesverband BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen

## Politische Bildung als Unterrichtsfach

Politische Bildung als Unterrichtsfach hat in Hessen einen festen Platz im Fächerkanon. Eine Verbesserung der Situation in der gymnasialen Oberstufe wurde unter der aktuellen Landesregierung beschlossen. Die DVPB Hessen steht für eine Stärkung dieses Bildungsauftrags durch einen qualitätvollen Unterricht an allen Schulformen und in allen Jahrgängen, insbesondere in Zeiten großer gesellschaftlicher Umbrüche.

Um gute Politische Bildung im Fachunterricht zu ermöglichen, braucht es gut ausgebildete Lehrkräfte. Das gilt sowohl für den Politikunterricht, aber auch für den Sachunterricht und für das Fach Gesellschaftslehre. Dabei sind strukturelle Entscheidungen wie die verkürzte Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen oder das fehlende Ausbildungskonzept für das Fach Gesellschaftslehre an Gesamtschulen hinderlich.

### **1. Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach an allen Schulformen einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?**

In Zeiten, in denen die liberale Demokratie unter Druck steht, ist die politische Bildung an Schulen wichtiger denn je. Alle Schüler\*innen sollen ein umfassendes Verständnis unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entwickeln und in der Lage sein, für unsere demokratische Werteordnung aktiv einzutreten. Aus diesem Grund haben wir in dieser Legislaturperiode den „Politik und Wirtschaft“-Unterricht an weiterführenden Schulen ausgebaut, sodass dieser in allen Bildungsgängen von Klasse 5-10 durchgängig mindestens mit einer Wochenstunde stattfindet. Die Schulen können die geplante durchgehende „PoWi“-Stunde auch – etwa epochal – bündeln, und erhalten dadurch mehr pädagogischen Gestaltungsspielraum. Auch in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe muss „PoWi“ durchgehend belegt werden und kann lediglich in zwei Halbjahren durch das Fach Geographie ersetzt werden, dessen Kerncurriculum aber durch relevante „PoWi“-Inhalte angereichert wurde.

In einem nächsten Schritt wollen wir die Stundentafel für das Fach Politik und Wirtschaft um eine weitere Unterrichtsstunde ausbauen. Die dadurch zusätzlich entstehenden Unterrichtsstunden sollen genutzt werden, um eine breitere Beteiligung der Schüler\*innen zusätzlich zu den Schülervertretungsmitgliedern an schulischen Entscheidungsprozessen zeitlich zu ermöglichen. Ebenso sind diese zusätzlichen Unterrichtsstunden notwendig, um die neuen Themenfelder, die sich durch den Zusammenhang aus Medienbildung und politischer Bildung ergeben, unterrichtlich mit den Schüler\*innen bearbeiten zu können ohne andere wichtige politische und ökonomische Themen zeitlich vernachlässigen zu müssen. Denn die Vermittlung von Medienkompetenz ist untrennbar mit der Demokratiebildung verknüpft.

### **2. Wie wollen Sie die Unterrichtsversorgung mit fachlich ausgebildeten Lehrkräften sicherstellen?**

Der Lehrkräftearbeitsmarkt ist bundesweit angespannt. Diese Entwicklung geht auch an Hessen nicht spurlos vorbei. In den vergangenen Monaten haben insbesondere die hohe Zahl an kurzfristig aufzunehmenden ukrainischen Schüler\*innen und die zusätzlich wieder steigenden Zahlen von Geflüchteten aus anderen Ländern sowie die in diesem Winter hohen Krankenstände die Lage verschärft. Wir möchten um Verständnis werben, dass diese kurzfristigen Bedarfe schlichtweg nicht planbar waren.

Gleichwohl haben wir im Bereich der Lehrkräftegewinnung in den vergangenen Jahren in Hessen viele Maßnahmen auf den Weg gebracht: Wir haben die Studienplatzkapazitäten im Bereich des Grundschullehramts seit 2017 um etwa 70 Prozent, im Bereich des Förderschullehramts inklusive des nun entstehenden Lehramtsstudiengangs für Förderpädagogik an der Universität Kassel um über 85 Prozent gesteigert. Diese zusätzlichen Lehramtsstudierenden werden unter Berücksichtigung der Regelstudienzeit und der Dauer des Vorbereitungsdienstes nun schrittweise

zusätzlich zur Verfügung stehen und die Lage an den Grund- und Förderschulen sowie der inklusiven Beschulung an allgemeinbildenden Schulen verbessern.

Flankierend dazu haben wir Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen, um bereits ausgebildete Lehrkräfte, die mit ihrer Ausbildung keine Stelle erhalten, für Mangel-Bereiche oder –Fächer zu qualifizieren. Dazu kommen Quereinstiegsprogramme für geeignetes Personal mit Hochschulabschluss ohne Lehramtsausbildung. Kurzfristig konnten wir auch durch Maßnahmen wie die freiwillige Abordnung von Gymnasiallehrkräften an Grundschulen, die Bitte an Teilzeit-Lehrkräfte ihre Stundenzahl aufzustocken und ältere Lehrkräfte, erst später in Pension zu gehen, zur Entspannung der Lehrkräfteversorgung in Mangelbereichen beitragen. Diese Maßnahmen sind selbstverständlich Behelfslösungen, bis sich die Steigerung der Studienkapazitäten entsprechend auswirkt, aber als kurz- und mittelfristige Maßnahmen notwendig.

Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und Ausbildungs- sowie Weiterbildungs- und Quereinstiegskapazitäten weiter bedarfsgerecht ausbauen. Bei Quereinsteiger\*innen in den Lehrberuf wollen wir zukünftig auch auf Qualifizierung und Nachqualifizierung durch berufsbegleitende Masterstudiengänge setzen.

### **3. Planen Sie Schritte, um die universitäre Lehrkräftebildung für das Fach Politik und Wirtschaft wie auch für das Fach Sachunterricht mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zu stärken?**

Auch in der Lehrkräftebildung haben wir den Stellenwert der Demokratiebildung in dieser Legislaturperiode gestärkt: Im Rahmen der Novelle des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes (HLbG) wurde die Demokratiebildung in § 1 (3) HLbG unter Ziele und Inhalte der Lehrkräftebildung und damit quasi als Querschnittsthema verankert. Die „Vermittlung und Reflexion demokratischer Werte und Normen“ wurde zudem als eine zentrale Kompetenz der Bildungswissenschaften (§ 15 (4) HLbGDV) aufgenommen und erhält damit im Lehramtsstudium zukünftig eine noch größere Bedeutung. Inwiefern darüber hinaus auch die fachspezifische Ausbildung für die Fächer Politik und Wirtschaft sowie Sachunterricht weiter „gestärkt“ werden sollte, wollen wir gerne prüfen und freuen uns über diesbezügliche Hinweise.

### **4. Planen Sie hierzu die Angleichung der Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an die Studiendauer für das gymnasiale Lehramt?**

Wir stehen einer perspektivischen Angleichung der Studiendauer der verschiedenen Lehrämter offen gegenüber. Gleichwohl wäre es mit Blick auf den bundesweit extrem angespannten Lehrkräftearbeitsmarkt unseriös und unehrlich, eine zeitnahe Verlängerung der Regelstudienzeiten in Aussicht zu stellen.

### **5. Planen Sie Schritte, um die zweite Phase der Lehrkräftebildung (Referendariat) für das Fach Politik und Wirtschaft zu stärken? Falls ja, welche?**

Die unter Frage 3 beschriebene Stärkung der Demokratiebildung in der Lehrkräftebildung im Zuge der Novelle des HLbG bezieht sich auf alle drei Phasen der Lehrkräftebildung. Auch für den Vorbereitungsdienst sind wir für sachdienliche Hinweise offen, welche konkreten Maßnahmen Ihrer Einschätzung nach ergriffen werden sollten, um die politische Bildung bzw. die Ausbildung im Fach Politik und Wirtschaft aufzuwerten.

#### Demokratiebildung als schulische Querschnittsaufgabe

Demokratiebildung ist eine Aufgabe aller Unterrichtsfächer und aller Lehrkräfte. Dazu gehören beispielsweise die Berücksichtigung gesellschaftlicher und politischer Aspekte von Unterrichtsthemen auch über den Politikunterricht hinaus und eine demokratische Schulkultur sowie entsprechende Mitbestimmungsmöglichkeiten. Damit Lehrkräfte diese Aufgaben wahrnehmen können, ist eine darauf ausgerichtete Aus- und Fortbildung unerlässlich. Zur Zeit findet Demokratiebildung dort aber keine Berücksichtigung.

6. **Wie möchten Sie die Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe in der ersten Phase der Lehrkräftebildung stärken? Soll es dazu einen verpflichtenden „bildungswissenschaftlichen Studienanteil“ geben?**
7. **Wie möchten Sie die Demokratiebildung als Aufgabe aller Lehrkräfte systematisch in die zweite Ausbildungsphase integrieren?**
8. **Wie gedenken Sie, Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe an Schulen – beispielsweise über die Qualifizierung der Schulleitungen oder über eine Schaffung von Kapazitäten in den Stundentafeln der Lehrkräfte – zu stärken?**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 6 bis 8 gemeinsam beantwortet.

Politische Bildung und Wertevermittlung sind nach §§ 2 und 3 des Hessischen Schulgesetzes (HSchG) eine fächerübergreifende, gesamtschulische Aufgabe. Um diesem Ziel auch im Rahmen der Lehrkräftebildung zu entsprechen, haben wir die Demokratiebildung im Zuge der jüngsten Novelle des Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes (HLbG) in § 1 (3) HLbG unter Zielen und Inhalten der Lehrkräftebildung und damit quasi als Querschnittsthema für alle drei Phasen der Lehrkräftebildung verankert. Auf die Antworten zu den Fragen 3 und 5 wird entsprechend verwiesen. Eine Handreichung „Grundrechtsklarheit, Wertevermittlung, Demokratieerziehung“ unterstützt Lehrkräfte zudem bei der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsauftrags im Bereich der Demokratiebildung u.a. mit konkreten Anregungen für die Unterrichtspraxis.

Insbesondere die Lehrkräftefortbildung haben wir in dieser Legislaturperiode auch ganz praktisch gestärkt. Das Fortbildungsbudget der Schulen haben wir von 40 auf 80 Euro pro Lehrkraft und Jahr verdoppelt und allein die Zahl der Fortbildungsangebote der Lehrkräfteakademie deutlich erhöht. Diese Anstrengungen wollen wir fortführen und die Fortbildungsaktivitäten ganz gezielt für die im HLbG neu verankerten Querschnittsthemen nochmal deutlich ausweiten.

9. **Demokratiebildung ist nur dann möglich, wenn dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird. Planen Sie, die Stundentafeln künftig so zu gestalten, dass Klassenratssitzungen abgehalten, andere Formen der Mitbestimmung ausgeübt und mehr Kooperationen mit außerschulischen Institutionen durchgeführt werden können?**

Mit einer erneuten Erweiterung der Stundentafel im Fach PoWi um eine weitere Unterrichtsstunde verfolgen wir das Ziel, insbesondere mehr Raum für das Thema Schüler\*innenbeteiligung zu schaffen. Auf die Antwort zu Frage 1 wird entsprechend verwiesen.

#### Demokratiefördergesetz und außerschulische politische Bildung

Die politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist eine wichtige plurale Säule der Politischen Bildung in Deutschland. In Hessen gibt es eine Vielzahl von Bildungsstätten und Vereinen, die vielfältige und innovative Angebote für Kinder, Jugendliche und Multiplikator:innen bereitstellen. Ohne öffentliche Förderung können sich solche Institutionen nicht für eine lebendige und demokratische politische Kultur engagieren.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung ist mit ihren Angeboten ein zentraler Akteur der Politischen Bildung und Ansprechpartnerin für schulische und außerschulische politische Bildner:innen.

10. **Wie planen Sie Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Hessen leisten?**
11. **Bei den Förderprogrammen gibt es eine deutliche Überbewertung und Steigerung öffentlicher Mittel zugunsten von Extremismuspräventiven Maßnahmen. Dagegen stagnieren die Mittel für die allgemeine Politische Bildung seit Jahren. Sehen Sie hier Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf ein mögliches Hessisches Demokratiefördergesetz?**

Die Fragen 10 und 11 werden gemeinsam beantwortet.

In Zeiten, in denen insbesondere rechtspopulistisches und rechtsextremistisches Gedankengut in allen westlichen Demokratien zunimmt, kommt der Extremismusprävention unserer Ansicht nach eine zentrale Bedeutung zu, sodass wir von keiner Überbewertung sprechen würden. Das Demokratiezentrum Marburg haben wir zu einer Fach- und Koordinierungsstelle mit ausgewiesener Expertise ausgebaut. Es stellt ein umfangreiches Angebot zur Verfügung, um demokratische Strukturen zu stärken, Rechtsextremismus und Rassismus vorzubeugen sowie Betroffenen Hilfe zu geben. Das Demokratiezentrum, das Landesprogramm „Hessen aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ und die zahlreichen engagierten Organisationen und Initiativen in diesem Bereich werden wir weiter stärken. Gleichwohl wollen wir selbstverständlich einen breiten Förderansatz verfolgen und mit einem Hessischen Demokratiefördergesetz die Finanzierung von Bildungsstätten, Vereinen und Initiativen in ihrer Breite auf eine verlässliche Grundlage stellen. Wir werden die Angebote gemeinsam mit den Träger\*innen weiter ausbauen und insbesondere für die ländlichen Regionen dezentralisieren.

## **12. Welche Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?**

Die Förderung der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) haben wir in dieser Legislaturperiode deutlich gesteigert – um ca. 30 Prozent. Hiermit werden bspw. Fahrten von Schulen oder Jugendgruppen zu Holocaust-Gedenkstätten und andere Projekte (zeitgeschichtlicher) politischer Bildung gefördert. Diese Anstrengungen werden wir fortführen und die LpB weiter finanziell stärken. Denn wir verfolgen weiterhin das Ziel, dass möglichst alle Schüler\*innen im Laufe ihrer Schullaufbahn eine Holocaust-Gedenkstätte besuchen sollen. Zudem wollen wir die LpB weiter dabei unterstützen, ihre Bildungsangebote zielgruppengerecht insbesondere mit Blick auf verändertes Medienverhalten und die fortschreitende Digitalisierung weiterzuentwickeln, um breitere Bevölkerungsgruppen zu erreichen.